

Fadegrad



von
Roland Scheck

Wildhüter Wolff

Wenn sich auf einer Strasse mit durchschnittlich 12300 Fahrzeugen pro Tag fünf Verkehrsunfälle in fünf Jahren mit insgesamt einer verletzten Person ereignen, spricht man normalerweise von einer ausserordentlich sicheren Strasse. Nicht aber der rot-grüne Stadtrat. Denn Polizeivorsteher Wolff nimmt diese Unfallstatistik zum Anlass, um die Birmensdorferstrasse zwischen Buchenrainweg und Parzellengrenze AR6019 von Tempo 80 auf Tempo 60 herunter zu signalisieren. «Aus Gründen der Verkehrssicherheit», wie es in der Ausschreibung im Tagblatt der Stadt Zürich vom 12. März 2014 heisst. Dabei haben die fünf Unfälle in den fünf Jahren nachweislich nichts mit dem Ausbaustandard der Strasse zu tun. Zwei Schleuderunfälle ereigneten sich infolge Unaufmerksamkeit und zwei weitere sind auf den Einfluss von Alkohol zurückzuführen. Und in einem Fall lief ein wildlebendes Tier über die Fahrbahn. Fünf Selbstunfälle in fünf Jahren bei 12300 Fahrzeugen pro Tag. Statistisch ziemlich irrelevant. Wo mit sich die Frage stellt, ob eine öffentliche Ausschreibung mit einer völlig falschen Begründung überhaupt zulässig ist. Wurde die Bevölkerung gar mutwillig getäuscht? Nie und nimmer geht es bei dieser Temporeduktion um die Verkehrssicherheit, sondern eher um das ideologische Ziel eines autofeindlichen Stadtrats, den Autoverkehr zu bekämpfen. Der Stadtrat will flächendeckende Temporeduktionen. Offensichtlicher könnten die Beweggründe nicht sein. Trotzdem beharrt der Stadtrat auf seiner fadenscheinigen Geschichte. In seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der SVP vermehrt der Stadtrat den einen realen Wildunfall einfach um weitere fiktive Unfälle: «Bei Wildunfällen ist mit einer sehr hohen Dunkelziffer zu rechnen, einerseits weil sie oft von den involvierten Verkehrsteilnehmenden nicht gemeldet werden und andererseits weil verletzte Tiere in vielen Fällen reflexartig in den Wald zurückspringen, um dort zu verenden.» Mit anderen Worten: Wildhüter Wolff lässt 12300 Fahrzeuge pro Tag langsam fahren, weil es aufgrund einer hypothetischen Mutmassung hypothetische Wildunfälle gegeben haben könnte. Doch zurück zu den realen Unfällen. Alleine die Glattalbahn zeichnet seit Betriebsbeginn 45 Unfälle. Würde bei der Glattalbahn derselbe Massstab angelegt wie bei der Birmensdorferstrasse, müsste die Glattalbahn «aus Gründen der Verkehrssicherheit» nicht nur temporeduziert, sondern umgehend eingestellt werden. Aber eben, Linke messen bekanntlich mit zweierlei Ellen. Ereignen sich ganz viele Unfälle mit dem ÖV, ist dies anscheinend weniger schlimm, als wenn sich ganz wenige Unfälle mit dem Auto ereignen. Nicht nur Menschen, auch Unfälle werden nach gut und schlecht unterschieden.

DER GEMEINDERAT ALS WILLIGER VOLLSTRECKER

Von wo stinkt der Fisch in der Stadt Zürich?

Die links-grüne Elite hat ihre willigen Vollstrecker im Parlament. Nur die SVP wehrt sich mit Überzeug und Herz gegen den politischen Irrsinn. Das sonst leider reibungslose Zusammenspiel zwischen dem dunkelroten Stadtrat und der zusätzlich unkritischen Mehrheit des Gemeinderates ist schuld an den massiven öffentlichen Aufwendungen.



Samuel Balsiger
Gemeinderat SVP
Zürich 9

Die ausgabefreudigen Real-Monopolyspieler verantworten die fast ungläublichen Bruttoschulden von baldigen 10 Milliarden Steuerfranken. Doch dies ist kein Spiel und es wird nur Verlierer geben. Da der abgehobene Stadtrat und seine Mehrheit der Willigen nicht auf Ausgaben-Entzug gehen wollen, werden diese Akteure wohl die Steuern erhöhen (müssen)! Wie konnte es so weit kommen und von wo stinkt der demnächst verdorbene Fisch? Ein Erklärungsversuch an einem kleinen, jedoch exemplarischen Beispiel:

Fakt eins

In Zürich-Leimbach gibt es ein Gemeinschaftszentrum (GZ). Und um diese Einrichtung dreht sich das exemplarische Steuergeldverschwendungs-Beispiel. Da die dortigen Pavillons (die benutzten Gebäude) schon 40 Jahre auf dem Gelände stehen, braucht es diesbezüglich eine Lösung. Die GZ-Pavillons sind mittelfristig nicht mehr benutzbar. Der jetzige Standort hat den Vorteil, dass die Stadt Zürich die Eigentümerin ist und den Betreibern des Gemeinschaftszentrums die Miete erlassen kann. Somit fliesst für diesen städtischen Budgetposten nicht effektiv Steuergeld an eine juristische Drittperson.

Fakt zwei

Bis im Jahr 2020 dürfte die Anzahl Schüler/-innen in der Stadt Zürich gesamthaft um hohe elf Prozent wachsen. In manchen Schulkreisen explodieren die Zahlen gar um bis 16 Prozent. Durch die Masseneinwanderung strömen sehr viele Personen in unsere wunderschöne, jedoch enge Stadt.

Um von diesem Ansturm nicht überrannt zu werden, sind sieben neue Schulhäuser mit Baukosten in Höhe von 500 Millionen Steuerfranken geplant. Mit Schul-Pavillons, für die ein Rahmenkredit von 50 Millionen Steuerfranken bewilligt wurde, soll die Zwischenzeit für die Neuankünfte überbrückt werden. Ebenfalls bis im Jahr 2020 dürften 60 solcher Schul-Pavillons im Einsatz sein. Durch die Eröffnungen der neuen Schulhäuser werden diese dann etappenweise nicht mehr gebraucht.

Linkes Vorgehen der Stadt Zürich

Die Stadt will den jetzigen Standort des Gemeinschaftszentrums (GZ) Leimbach, der Zugang zur Natur hat, auflösen. Neu sollen die Kinder und Jugendlichen in einer Beton-Umgebung und direkt neben einem Altersheim laut spielen. Die heutigen mittelfristig unbenutzbaren GZ-Pavillons sollen von Schulkindern nicht nur kurzfristig zwischengenutzt werden. Wie eingangs erwähnt, wird zurzeit für das GZ Leimbach keine Miete von der Stadt Zürich bezahlt,

sondern den Betreibern nur erlassen. Am neuen GZ-Standort müsste die Stadt jedoch einer privaten Baugenossenschaft jährlich die hohe Summe von 289591 Steuerfranken überweisen. Die Bevölkerung wehrt sich entschieden gegen den Umzug in die Beton-Landschaft, da der Zugang zur Natur wichtig ist. Auch auf die älteren Mitmenschen und das Altersheim müsste die Stadt eigentlich Rücksicht nehmen.

Eine äusserst erfolgreiche Petition wurde deshalb der links-grünen Elite übergeben, die den Abbruch der schädlichen Hauruck-Übung fordert. Der Stadtrat stellt sich jedoch erwartungsgemäss stur und antwortet schriftlich, die Bevölkerung müsse nur ihre Ängste überwinden und sei dann schon zufrieden. Die Stadtoberen wollen das Gemeinschaftszentrum Leimbach versetzen und viel Steuergeld an eine private Baugenossenschaft bezahlen. Punkt. Die heutigen GZ-Pavillons hielten 40 Jahre. Wird hypothetisch dieser Zeitraum und die neu effektiv durch die Steuerzahlenden aufzuwendende Miete genommen, so werden öffentliche Gelder in Gesamthöhe von ca. 11 Millionen Franken verbraucht. Bei dieser gewaltigen Mietsumme sind noch nicht mal die Inflationsrate und Kostenereignisse berücksichtigt.

Lösungsvorschlag im Sinne der Bevölkerung und Finanzen

Auf den Kauf einer gewissen Anzahl der neuen Schul-Pavillons (Rahmenkredit 50 Millionen Steuerfranken) wird verzichtet. Die meist zugezogenen Kinder gehen anstatt in die mittelfristig unbenutzbaren GZ-Pavillons in den angrenzenden Schulkreis zum Unterricht. Wegen den durch die Masseneinwanderung besonders explodierten Wohnungsmietpreisen, hat es dort ausnahmsweise noch freie Schulplätze. Sobald durch die Eröffnung eines der sieben Schulhäuser zwischenzeitlich benutzte Schul-Pavillons nicht mehr gebraucht werden, werden solche auf dem jetzigen Standort des Gemeinschaftszentrums (GZ) Leimbach aufgestellt. 40 Jahre lang waren dort ebenfalls «nur» Pavillons im Einsatz. Somit lassen die Links-Grünen ihren unsinnigen Plan fallen, das GZ Leimbach in die Beton-Landschaft umzupflanzen. Dem Wunsch der Bevölkerung wird Rechnung getragen. Dadurch werden die oben berechneten 11 Millionen Steuerfranken nicht an die private Baugenossenschaft bezahlt. Und der Rahmenkredit von 50 Millionen Steuerfranken wird zusätzlich nicht ausgeschöpft.

Vernunft schmeckt vielen nicht

Sie werden es ahnen, liebe Lesende: Wie in der Stadt Zürich so üblich, wird voraussichtlich nur die SVP gegen den teuren und unvernünftigen Umzug des Gemeinschaftszentrums Leimbach stimmen. Alle anderen Parteien werden den Auftrag des Stadtrats (Weisung 2014/92) vermutlich willig vollstrecken. Rücksichtnahme auf die Finanzen hat nur bei der Volkspartei oberste Priorität. Die SVP kämpft zudem nicht gegen die

Bevölkerung, sondern für eine stabile Zukunft in Sicherheit und Freiheit.

Allgemeingültiges Fazit

Wie üblich stinkt der Fisch vom links-grünen Stadtrats-Kopf. Doch es ist der Koch, also die willige Mehrheit des Gemeinderates, der den demnächst verdorbenen Fisch roh und unverarbeitet servieren dürfte. Die Geschäfte muss schliesslich der Gemeinderat jeweils bewilligen. Ob das dunkelrote Rezept (1 Suppenlöffel Ausgaben, 1 Suppenlöffel Schulden, 1 Suppenlöffel

finanzpolitische Realitätsverweigerung) den Zürcherinnen und Zürchern schmecken wird, ist ihnen selber überlassen. Sicher ist, die Rechnung kommt! Denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. «En Guete!»

Ach übrigens, bei einer politischen Rotbarsch-Fischvergiftung ist die einzige Medizin, die hilft: SVP wählen! Die Roten schlagen auf den Magen. Erzählen Sie es weiter und helfen Sie somit jeder Person, die schon Bauchweh hat.

LESERBRIEF

«Naiv und menschenverachtend»

Von Bundesrätin Sommaruga ist man sich gewohnt, dass sie bei ihren Medienauftritten vor allem die andern, auch diesmal die SVP, beschimpft. «Naiv, beschämend und menschenverachtend» kramt sie da aus ihrem Vokabular hervor, wenn sie über die Haltung der SVP in der Asylpolitik spricht.

Bei solchen einseitigen Kraftausdrücken genügt es nicht, lediglich auf die humanitäre Tradition unseres Landes hinzuweisen und gleichzeitig die Fakten, aber auch eigene Missstände oder Versäumnisse zu ignorieren. So hat unser Land im europäischen Vergleich schon heute das Mehrfache an Asylgesuchen zu bearbeiten. Es ist auch nicht so, dass der Dublinvertrag zu ändern ist, vielmehr pocht die SVP auf die vertragliche Durchsetzung bei der EU. Und wie sieht es mit der Asylorganisation sprich Asylindustrie in der Schweiz aus?

Erfolgt die Versorgung effizient und kostengünstig? Viele Kantone haben teure, private Organisationen beauftragt. Auch Caritas mischt im

Kanton Luzern in diesem Geschäft tüchtig mit. Den Kantonen fliessen vom Bund jährlich 880 Millionen Franken zu. Das Angebot an solchen Dienstleistern ist entsprechend gross. Es scheint, dass das Geschäft mit der Betreuung von Asylbewerbern nicht karitativ, eher lukrativ betrieben wird. Die Verträge zu diesen Anbietern – wen wundert's – werden unter dem Deckel gehalten.

Unsere Bundesrätin tut gut daran, bei ihrer Asylstrategie auch auf die Stimme aus dem Volk zu hören, besonders auf die im Zusammenhang mit der Aufnahme von weiteren 5000 Flüchtlingen aus Syrien, die kein Asylverfahren durchlaufen müssen. In Anbetracht der exorbitant steigenden Asylzahlen ist auf entsprechenden Widerstand aus der Bevölkerung zu hoffen. Gleichzeitig bin ich überzeugt, dass die Schweiz bereit ist, die Flüchtlingseinrichtungen der UNO – wo auch mittellose Familien eine Chance auf Sicherheit erhalten – vermehrt zu unterstützen.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

EINLADUNG ZUR PODIUMSDISKUSSION

Günstig wohnen! Aber wer bezahlt?

Diskussion zur kantonalen Abstimmung vom 28. Sept. 2014:
Planungs- und Baugesetz (Änderung vom 28. Okt. 2013;
Festlegung Mindestanteil preisgünstiger Wohnraum)

Mittwoch, 27. August 2014, 20 Uhr
Stürmeierhuus Schlieren (grosser Saal)

GESPRÄCHSTEILNEHMER

Hans Egloff Nationalrat SVP
Rosmarie Joss Kantonsrätin SP
Andreas Wolf Kantonsrat Grüne
Pierre Dalcher Kantonsrat SVP

GESPRÄCHSLEITUNG

Jürg Krebs Chefred. Limmattaler Zeitung
anschliessend Apéro und Gespräche

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.



Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes

www.schluss-mwst-diskriminierung.ch